

TOP 1.2.1 Kostendeckende Gebühren bei städtischen
Dienstleistungen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 440/13

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 440/13. In diesem nicht haushaltsrelevanten Antrag werde ein Bericht darüber gefordert, mit welchen Maßnahmen bei städtischen Dienstleistungen eine vollständige Deckung der Kosten erreicht werden könne.

Das Gremium kommt überein, dass der Bericht hierzu im 1. Quartal 2014 im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung erfolgen solle.

TOP 1.2.2 Personalkosten -haushaltswirksam-
- Antrag der FW-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 467/13

Antragstext:

Der Planansatz Personalausgaben 2014 in Höhe v. 64.883.850 € wird um 500.000 € gekürzt.

Seite im HH-Plan: -

Teilhaushalt: alle außer Kinderbetreuung und Schulen

Produktgruppe: -

Betrag: 500.000,-- €

- *abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (berufliche verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) ruft den Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 467/13 zur Beratung auf.

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) erinnert an seine Ausführungen hierzu in der Klausur des Gemeinderates am 12. Oktober 2013. Nachdem die Personalkosten für das

Haushaltsjahr 2014 hochgerechnet worden seien, wäre demnach bereits pauschal 1 Million Euro abgeschöpft worden. Und das, obwohl die Erfahrungswerte der letzten Jahre bei 500 bis 600 Tausend Euro gelegen hätten.

Stadtrat **Weiss** räumt ein, dass über die tatsächlich Höhe der Personalkosteneinsparung diskutiert werden könne aber dass es vor allem darum gehe, höhere Prozesseffizienz zu erreichen.

Stadtrat **Herrmann** bezeichnet den Antrag der FW-Fraktion als eine Art globale Minderausgabe bei den Personalausgaben. Die vorgeschlagene Höhe sei für ihn dabei fraglich. Mit einer, wie im Antrag vorgeschlagenen, pauschalen Einsparung von 3 Stellen könne man sich aber unter Umständen anfreunden. Allerdings müsse klar sein, wo diese Stellen einzusparen seien. Auf keinen Fall kämen für ihn die Bereiche Kinderbetreuung und Schule in Frage.

In diesem Zusammenhang macht Stadtrat **Dr. Bohn** deutlich, dass in den letzten Jahren Freiwilligkeitsleistungen in erheblichem Umfang beschlossen worden seien, die jetzt nicht einfach wieder gekürzt werden könnten. Dies habe aber selbstverständlich auch höhere Personalkosten zur Folge.

Stadtrat **Dr. Vierling** kritisiert eine pauschale Kürzung von 3 Stellen, da diese Zahl in seinen Augen wenig glaubwürdig sei. Er fordert stattdessen, über fundierte Aufgabenkritik mögliche Einsparungen vorzunehmen.

Dem pflichtet auch Stadtrat **Kemmerle** bei. Er empfiehlt, zunächst zu überlegen, auf welche Leistungen verzichtet werden könne. Daraufhin solle dann entschieden werden, wo Stelleneinsparungen denkbar wären.

Stadträtin **Schneller** wirft ein, dass der Antrag ihrer Fraktion vor allem als Diskussionsgrundlage dienen solle. Außerdem räumt sie ein, dass der Antrag ohne den Zusatz „oder 3 Stellen“ hätte gestellt werden sollen. Zudem sei es Aufgabe der Verwaltung, die zu streichenden Stellen zu benennen.

Stadtrat **Müller** betont, dass auch seine Fraktion eine Deckelung der Personalausgaben wünsche. Mit Ausnahme bestimmter Bereiche halte er es für einen gangbaren Weg, mit einer pauschalen Deckelung zu starten, die dann im Laufe des Jahres durch Effizienzsteigerungen hereingeholt werden müsse.

Für die LUBU komme immer zuerst die Aufgabenkritik und dann die Personalkostendeckelung, betont Stadträtin **Burkhardt**. Wenn daher der Antrag gestellt werde, 3 Stellen oder 500.000 Euro bei den Personalausgaben zu streichen, dann müssten auch die Aufgaben benannt werden, die künftig wegfallen sollten.

EBM **Seigfried** erläutert noch einmal kurz die von Seiten der Verwaltung vorgeschlagene Kürzung von pauschal 1 Million Euro, die vor allem aufgrund der zu erwartenden Fluktuation erreicht werden könne. Er warnt jedoch davor, dass weitere Kürzungen unter Umständen dazu führten, dass Stellen künftig nicht mehr besetzt werden könnten.

OBM **Spec** erinnert an den Stellenabbau, der schon in den vergangenen Jahren vorgenommen wurde. Dies sei über Effizienzsteigerungen und den Abbau von Reserven gelungen, was für das von Stadtrat **Weiss** geforderte unternehmerische Handeln spräche. Angesichts der vielen Aufgaben, die die Verwaltung habe, wären weitere Einsparungen nicht möglich. Zumal es sich häufig um gesetzlich Vorgaben handle, die einzuhalten seien.

OBM **Spec** ruft den Antrag, Vorl. Nr. 467/13, ohne den Zusatz „oder 3 Stellen“ zur Abstimmung auf.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert die Position aus dem Änderungsverzeichnis. Demnach sieht der Vorschlag der Verwaltung vor, im Teilhaushalt 01 für die Schaffung einer neuen Stelle Bauinvestitionscontrolling 47.600 Euro einzustellen. Im Gegenzug könnten im Teilhaushalt 65 für externe Controller 50.000 Euro reduziert werden. Hierfür seien in den letzten Jahren aufgrund eines früheren Antrags der FW-Fraktion Mittel im Haushalt vorgesehen gewesen. Nach Aussage von Herrn Kiedaisch bringe die Umwandlung von Sachkosten in Personalkosten mehr Effizienz.

BM **Ilk** greift den Vorschlag auf und reißt kurz an, welche Bedeutung das interne Controlling in diesem Bereich habe und wie umfangreich die Aufgabe sei. Gerne würde er dies im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt oder auch in der Haushaltsstrukturkommission ausführlich darlegen um aufzuzeigen, wie aus seiner Sicht das Kostencontrolling sinnvoll gehandhabt werden sollte.

Stadtrat **Herrmann** erkundigt sich, wie der Haushaltsansatz von rund 135.000 Euro zu Stande komme, wenn laut den Erläuterungen zum Haushaltsplan für Rechts- und Beratungskosten 50.000 Euro und laut Aussage von Herrn Kiedaisch weitere Mittel für externes Controlling eingeplant seien. Grundsätzlich sei seine Fraktion eher dafür, diese Leistungen nach außen zu vergeben. Dies bedeute aber auch, dass es im berechtigten Fall durchaus Sinn machen könne, dafür eine Stelle zu schaffen. Er könne sich daher dem Vorschlag von Bürgermeister Ilk anschließen, darüber im zuständigen Fachausschuss grundsätzlich zu beraten. Zum heutigen Zeitpunkt würde sich seine Fraktion andernfalls gegen eine Umwandlung der Sachkosten in Personalkosten aussprechen.

Dem schließt sich Stadträtin **Liepins** für ihre Fraktion grundsätzlich an. Allerdings spreche auch sie sich für den Vorschlag von Bürgermeister Ilk aus, das Thema im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu präsentieren und zu beraten.

Die Aufgabe des Baucontrollings liege ihrer Fraktion am Herzen, so Stadträtin **Schneller**. Deshalb habe man dieses Thema auch in die Haushaltsrede aufgenommen, zumal man noch vor Jahren sehr gute Erfahrungen mit dem internen Controlling gemacht habe. Ihre Fraktion sei gespannt auf die Ansätze, die Bürgermeister Ilk hierzu einbringen könne, so dass auch sie sich dem Vorschlag einer eingehenden Beratung des Themas im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt anschließe.

Nach Aussage von Stadtrat **Gericke** könne sich seine Fraktion mit dem von der Verwaltung im Änderungsverzeichnis gemachten Vorschlag anfreunden. Sehr gerne stimme aber auch er einer eingehenden Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu.

Stadtrat **Müller** kündigt an, dass die Meinung zu internem und externem Controlling in seiner Fraktion auseinander gehe, so dass auch er sich für die Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ausspreche.

Herr **Kiedaisch** erläutert kurz, dass außer den 50.000 Euro für das externe Controlling in der entsprechenden Position des Teilhaushaltes 65 noch die auch sonst üblichen Aufwendungen für Bürobedarf, KFZ-Nutzung, Porto, Telefon, Internet usw. enthalten seien. Aufgrund der heutigen Diskussion schlage er dem Gremium vor, der im Änderungsverzeichnis vorgesehenen Umwandlung der Sachkosten zuzustimmen, aber die Besetzung der Stelle erst freizugeben, wenn das im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vorgetragene Konzept passend sei.

Nachfolgend spricht **BM Ilk** einen der wesentlichen Vorteile des internen Controllings an, das viel früher einsetze als das externe und deshalb die Abläufe besser überschauen und gegebenenfalls schneller eingreifen könne.

Den Ausführungen von Herr Kiedaisch und **BM Ilk** folgend, ruft **OBM Spec** den Vorschlag der Verwaltung zur Abstimmung auf. Danach sollen im Teilhaushalt 01 für die Schaffung einer neuen Stelle Bauinvestitionscontrolling 47.600 Euro eingestellt und im Gegenzug im Teilhaushalt 65 für externe Controller 50.000 Euro reduziert werden. Die endgültige Freigabe für die Besetzung der Stelle soll jedoch erst nach eingehender Beratung eines Umsetzungskonzeptes im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Vorschlag der Verwaltung wird mit 32 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

TOP 1.2.4 **Auswirkungen der Neuverteilung der Zuschüsse
für den Busverkehr** **Vorl.Nr. 446/13**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013

Beratungsverlauf:

Von Herrn **Kiedaisch** (FB Finanzen) werden die Anträge Vorl. Nr. 446/13, 477/13 und 486/13 zusammen mit der Planaktualisierung der Verwaltung hierzu gemäß des Änderungsverzeichnisses zur Beratung aufgerufen. Er erinnert an den im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt hierzu abgegebenen Zwischenbericht und schlägt vor, über die Anträge im Zusammenhang mit dem Thema der nachhaltigen Mobilität bis Mitte des Jahres 2014 zu beraten. Weiter führt er aus, dass sich der Mehrbedarf für die Verbesserung der Busanbindung Neckarterrasse in Höhe von 15.000 Euro aus dem Beschluss des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 28.11.2013 und damit nach Druck des Haushaltsplans ergeben habe.

Stadtrat **Hermann** kündigt für seine Fraktion an, dass man sich mit einer Behandlung des Themas Busverkehrs bis Mitte 2014 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt einverstanden erklären könnte. Ebenso würde man der Einplanung weiterer Mittel für die Busverbesserung der Neckarterrasse zustimmen. Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf weitere 200.000 Euro müsse jedoch widersprochen werde.

Stadtrat **Gericke** macht deutlich, dass mit diesen Mitteln die nach Meinung seiner Fraktion dringend erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Busverkehrs in Ludwigsburg finanziert werden sollten. Vor allem angesichts der anstehenden Veränderungen im öffentlichen Nahverkehr sei es wichtig, sich rechtzeitig einen Fahrplan für das weitere Vorgehen zu erarbeiten.

Das neue Finanzierungsmodell des Nahverkehrs werde ganz sicher zu Problemen und erheblichen Mehrkosten führen, fürchtet Stadtrat **Dr. Bohn**. Vor allem, wenn die jetzigen Taktzeiten beibehalten werden sollen.

OBM Spec stellt den Antrag 477/13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung.

Im übrigen besteht im Gremium Konsens darüber, dass über den Komplex des Busverkehrs mit

den anstehenden Veränderungen im Zusammenhang mit der nachhaltigen Mobilität bis Mitte 2014 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt berichtet werden solle.

TOP 1.2.5 Finanzierung von Verbesserungen im Busverkehr Vorl.Nr. 477/13
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20.11.2013

Antragstext:

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen stellt den folgenden Antrag:

„Die Stadtverwaltung setzt Maßnahmen zur Verbesserungen des Busverkehrs in Ludwigsburg um (Bezug: Gesamtenergie- und Klimaschutzkonzept, Luftreinhalteplan, nachhaltige Mobilität). Neben der Taktverbesserung auf hoch frequentierten Linien, einer Anbindung des Naherholungsgebietes Monrepossee / Eglosheim-Ost (Zwischentakt IKEA-Bus, Linie 424) und der Anbindung des Neubaugebiets Neckarterrasse werden weitere Investitionen in einen attraktiveren Busverkehr getätigt. Die Stadtverwaltung setzt sich für eine einfache und günstige Tarifstruktur beim VVS ein.“

Seite im HH-Plan: Seite 7 f.

Teilhaushalt: 01 – Dezernate I, II, III

Produktgruppe: Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Betrag: 200.000 EUR

- *abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
 Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
 Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.4

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) ruft die Anträge 445/13 und 493/13 gemeinsam zur Beratung auf. Da es zunächst gelte, zur Einführung des WLAN in Ludwigsburg eine Konzeption zu entwickeln, die sowohl die technischen Voraussetzungen als auch die rechtlichen Fragen berücksichtige, spreche er sich dafür aus, noch keine Mittel in den Haushaltsplan einzustellen. Stattdessen sollten die offenen Fragen geklärt werden um dann im 1. Halbjahr 2014 darüber berichten zu können.

Stadtrat **Kemmerle** stimmt der Vorgehensweise grundsätzlich zu. Um rechtzeitig vor Eröffnung der Freiluftsaison mit ersten Maßnahmen starten zu können, halte er jedoch eine Beratung noch im 1. Quartal für besser

Stadtrat **Dr. Bohn** weist darauf hin, dass bei der Konzeption unbedingt auch Kosten und Finanzierung zu berücksichtigen seien.

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) geht im Vergleich zu andern Städten davon aus, dass für die Voruntersuchungen ca. 10.000 Euro und für die Umsetzung, abhängig von der Flächendeckung ca. 50.000 Euro veranschlagt werden müssten.

Stadtrat **Müller** rät dringend dazu, sich bei den Nachfragen nicht nur auf andere Städte zu beschränken, sondern vor allem auch potentielle Nutzer zu befragen, ob überhaupt Interesse bestehe.

Die mögliche Beteiligung von Wirtschaftsunternehmen, wie von Stadträtin **Burkhardt** angesprochen, müsse dann zusammen mit anderen Detailfragen im Rahmen der von OBM **Spec** für das 1. Halbjahr 2014 zugesagten Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung geklärt werden. Nachfolgend stellt er den Antrag, Vorl. Nr. 445/13 zur Abstimmung.

TOP 1.2.10

WLAN auf Ludwigsburger Plätzen
- Antrag von Stadtrat Kemmerle (Linke) vom
20.11.2013

Vorl.Nr. 493/13

Beratungsverlauf:

Die Anträge 445/13 und 493/13 werden im Sachzusammenhang beraten.

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.9.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) ruft die Anträge 476/13, 488/13 und 474/13 unter der Überschrift des Klimaschutzes gemeinsam zur Beratung auf. Da in allen drei Fällen zunächst entsprechende Vorarbeiten erforderlich wären, seien die Anträge zum jetzigen Zeitpunkt als nicht haushaltsrelevant eingestuft worden. Es werde daher vorgeschlagen, darüber zunächst im dafür zuständigen Ausschuss zu berichten.

Zum Antrag 476/13 führt Stadtrat **Dr. Vierling** aus, dass sich seine Fraktion dafür ausspreche, das Carsharing in Ludwigsburg weiter auszubauen. Unzureichend sei hier vor allem die Standort-Dichte. Es werde deshalb vorgeschlagen, außerhalb der Verwaltungsdienstzeiten auch die stadteigenen Pkws in das Carsharing einzubeziehen.

Das Gremium kommt überein, dass über die Anträge 476/13, 488/13 im 1. Halbjahr 2014 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt berichtet werden solle.

Den Antrag 474/13 stellt OBM **Spec** zur Abstimmung.

Siehe hierzu Tagesordnungspunkt 1.2.14.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.11.

Beratungsverlauf:

Da der Antrag der CDU-Fraktion ebenfalls unter das Thema Klimaschutz falle, schlägt Stadtrat **Herrmann** vor, diesen ebenfalls im Zusammenhang mit den Anträgen 476/13, 488/13 im 1. Halbjahr 2014 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu behandeln.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.11.

Antragstext:

„Die Stadt zeigt auf, mit welchen Investitionen 2014 weitere Schritte umgesetzt werden, um die im Gesamtenergiekonzept gesetzten und herunter gebrochenen Ziele auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune zu erreichen (mit Kurzbericht zur Zielerreichungskontrolle). Gleichzeitig wird berichtet, welcher Finanzbedarf in der mittelfristigen Finanzplanung hierfür vorgesehen ist und inwieweit dieser auskömmlich ist.“

Seite im HH-Plan: Seite 26/27 und/oder Seite 258 ff. und/oder S. 271 f.

Teilhaushalt: 05 – Referat Nachhaltige Stadtentwicklung und/oder
65 – FB Hochbau und Gebäudewirtschaft
67 – FB Tiefbau und Grünflächen

Produktgruppe: Klimaschutz / Immobilienmanagement / Straßenbeleuchtung

Betrag:100.000 EUR

- *abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) ruft die Anträge 476/13, 488/13 und 474/13 gemeinsam zur Beratung auf. Da in allen drei Fällen zunächst entsprechende Vorarbeiten erforderlich wären, seien die Anträge zum jetzigen Zeitpunkt als nicht haushaltsrelevant eingestuft worden. Es werde daher vorgeschlagen, darüber zunächst im dafür zuständigen Ausschuss zu berichten.

Zum Antrag 474/13 führt Stadtrat **Gericke** aus, dass seine Fraktion der Auffassung sei, dass es durchaus Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen gebe, die sich relativ schnell amortisierten. Deshalb sei die Aufnahme von 100.000 Euro für die nächsten Schritte auf dem Weg zur Klimaneutralen Kommune beantragt worden.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.11.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) geht kurz auf die geplante Maßnahme ein, die ehemalige Garage der Hausdruckerei für Elektrofahrzeuge umzubauen.

Nach Angabe von Herrn **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) müssten hierfür 40.000 Euro in den Teilhaushalt 05 eingestellt werden.

Auf die Nachfrage von Stadträtin **Klett-Heuchert**, ob dafür nicht die Rathaustiefgarage verwendet werden könne, erklärt OBM **Spec**, dass dann Stellplätze geopfert werden müssten. Außerdem entfalle der Werbeeffect für die Elektrofahräder, den die Garage mit transparentem Tor am Rande des Rathausinnenhofes hätte.

Herr **Weißer** ergänzt, dass der geplante Standort zum einen öffentlichkeitswirksam und zum anderen aufgrund der unmittelbaren Nähe zu den Steckdosen für die Elektrofahräder besonders gut geeignet sei.

Auf den Einwurf von Stadträtin **Schittenhelm**, dass sie den Standort nicht für gut halte, schlägt OBM **Spec** vor, die Detailplanung in einer Sitzung des Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu beraten.

Stadtrat **Kromer** stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf kürzere Wortmeldungen.

Daraufhin stellt OBM **Spec** den Vorschlag der Verwaltung zur Abstimmung, wonach im Teilhaushalt 05 für den Umbau der ehemaligen Garage der Hausdruckerei für Elektrofahrzeuge 40.000 Euro eingeplant und die weitere Beratung an den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen werden solle.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Vorschlag der Verwaltung wird mit 25 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
 Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
 Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) informiert darüber, dass der Mehrbedarf für eine Infofahrt und Klausur mit dem neuen Gemeinderat versehentlich nicht in den Haushaltsplan aufgenommen worden sei und sich deshalb der dafür veranschlagte Betrag in Höhe von 11.000 Euro im Änderungsverzeichnis wiederfinden würde. Genau so verhalte es sich auch mit dem Betrag von 30.000 Euro, der für die Erstausrüstung zur Einführung der digitalen Gremienarbeit ebenfalls ins Änderungsverzeichnis aufgenommen wurde.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Noz** erklärt er, dass die Vorschläge der Verwaltung durch Einsparungen an anderer Stelle gedeckt seien.

Stadtrat **Müller** gibt zu Bedenken, dass es ohnehin schon sehr viele Termine für Sitzungen und Klausuren gebe, so dass überlegt werden müsse, ob darüber hinaus eine Infofahrt wirklich erforderlich sei. Er betont jedoch, dass sich diese Ablehnung nicht auch auf den Haushaltsansatz für die digitale Gremienarbeit erstrecke.

Stadtrat **Herrmann** verweist auf die Beratung im Ältestenrat, wonach beschlossen worden sei, nach Einsetzung des neuen Gemeinderates eine Infofahrt zu machen.

Abschließend stellt OBM **Spec** den Vorschlag zur Abstimmung, im Teilhaushalt 08 11.000 Euro für eine Infofahrt und Klausur mit dem neuen Gemeinderat einzustellen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Vorschlag der Verwaltung wird mit 31 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

TOP 1.2.17

Erwerb von Grundstücken -haushaltswirksam-
- Antrag der FW-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 460/13

Antragstext:

Der bereit gestellte Betrag in Höhe von 10.348.000,-- € im Jahre 2014 wird um 3.000.000,-- auf 7.348.000,-- € verringert.

Seite im HH-Plan: S. 83 in Verbindung mit S. 80 „gelb“

Teilhaushalt: 23

Produktgruppe: Grund 1133

Betrag: Einsparung von 3.000.000,-- €

- *abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Herr **Hugger** (FB Liegenschaften) fasst kurz die in jüngster Zeit stattgefundenen Beratungen zur Wohnbaulandentwicklung zusammen. Um diese Entwicklung vorantreiben und um dem dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Gewerbeflächen nachkommen zu können, seien die für den Grunderwerb eingeplanten Mittel unbedingt erforderlich. Er gehe davon aus, dass die Mittel in vollem Umfang benötigt werden, so dass er von einer Reduzierung des Haushaltsansatzes dringend abrate.

OBM **Spec** stellt den Antrag Vorl. Nr. 460/13 zur Abstimmung.

TOP 1.2.18

**Reduzierung Ansatz Grunderwerb
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
vom 20.11.2013**

Vorl.Nr. 481/13

Antragstext:

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen stellt den folgenden Antrag:

„Der Ansatz zum Erwerb von Grundstücken wird um 1 Mio. Euro reduziert.“

Seite im HH-Plan: Seite 83

Teilhaushalt: 23 – FB Liegenschaften

Produktgruppe: Grundstücksverkehr

Betrag:- 1.000.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Herr **Hugger** (FB Liegenschaften) ergänzt seine Ausführungen zum vorhergehenden Antrag um den Hinweis, dass es auch im Sinne der Wirtschaftsförderung erforderlich sei, Flächen bereit zu halten um Arbeitsplätze zu sichern.

Zur Begründung des Antrags seiner Fraktion erklärt Herr **Gericke**, dass die Reduzierung des Ansatzes für Grunderwerb um eine Million Euro als Kompromisswert angesehen werde. An diesem Antrag werde deshalb auch festgehalten.

Abschließend stellt OBM **Spec** den Antrag zur Abstimmung.

Antragstext:

Das Projekt „Kunst im öffentlichen Raum Ludwigsburg 2014“, dargestellt in Vorl. 383/12, unter großer Zustimmung beraten im WKV-Ausschuss am 25.09.2012 und am 10.10.2012 im Gemeinderat, wird im Jahr 2015 durchgeführt und finanziert.

Seite im Haushaltsplan: S. 104 f.
Teilhaushalt: 41 – Dezernat I
Produktgruppe: Sonstige Kulturpflege
Betrag: 95.000 € im Jahr 2014

- *abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Stadtrat Dr. **Vierling** begründet den Antrag seiner Fraktion indem er an die in diesem Bereich bereits mit großem Erfolg durchgeführten Projekte erinnert. Daran solle nun angeknüpft werden

OBM **Spec** unterstreicht, dass das Projekt an sich nicht umstritten sei. Vielmehr hätten monetäre Gründe dazu geführt, es zurückzustellen.

Das Projekt sei sicher wünschenswert, räumt Stadtrat **Herrmann** ein. Angesichts der zur Beschlussfassung anstehenden globalen Minderausgabe und der Tatsache, dass es in Ludwigsburg bereits viel Kunst und Kultur gebe, müsse die Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt jedoch abgelehnt werde.

Stadtrat **Dr. Bohn** hingegen vertritt die Meinung, dass die finanzielle Situation jetzt so gut sei, dass die Umsetzung angegangen werden sollte.

Für seine Fraktion erklärt Stadtrat **Müller** das Projekt ebenfalls grundsätzlich für gut. Die Umsetzung sehe er allerdings erst später.

Zum Abschluss der Aussprache stellt OBM **Spec** den Antrag zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Das Gremium kommt ohne weitere Aussprache überein, dass im 1. Quartal 2014 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ein Bericht zur Seniorenarbeit erfolgen soll.

Beschluss:

Der Kommunale Ordnungsdienst der Stadt Ludwigsburg (KOD) wird um drei weitere Vollzeitstellen EG 8 auf insgesamt 9 Stellen aufgestockt.

Die Stadtverwaltung wird zudem beauftragt, eine stellvertretende Teamleitung im KOD einzurichten

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Vorschlag der Verwaltung wird mit 28 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) auszubauen um unter anderem die Kontrollen am Bahnhof und Akademiehof verstärken zu können.

Im Sachzusammenhang verweist Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) auf die Vorl. Nr. 425/13 des Tagesordnungspunktes 2.

Hierin ist folgender Beschlussvorschlag enthalten:

„Der Kommunale Ordnungsdienst der Stadt Ludwigsburg (KOD) wird um drei weitere Vollzeitstellen EG 8 auf insgesamt 9 Stellen aufgestockt.

Die Stadtverwaltung wird zudem beauftragt, eine stellvertretende Teamleitung im KOD einzurichten.“

Auf einen zusätzlichen Sachvortrag wird verzichtet, so dass OBM **Spec** die Aussprache eröffnet.

Für seine Fraktion vertritt Stadtrat **Herrmann** die Auffassung, dass es sich hierbei um einen begründeten Antrag handle, so dass der Schaffung von drei weiteren Vollzeitstellen zugestimmt werden könne um den KOD aufzustocken.

Stadtrat **Dr. Bohn** macht deutlich, dass auch seine Fraktion den KOD nicht in Frage stelle. Allerdings stelle sich die Frage, ob es tatsächlich um die Sicherheit oder nur um das Gefühl der Sicherheit gehe und ob dann drei weitere Stellen tatsächlich eine Verbesserung brächten. Seiner Auffassung nach sei die Situation am Akademiehof und auch am Bahnhof gar nicht so schlimm. Er bitte deshalb darum, den tatsächlichen Bedarf noch zu hinterlegen.

OBM **Spec** schildert deshalb die Situation am Bahnhof, an dem es teilweise erhebliche Beeinträchtigungen und auch Probleme hinsichtlich des Alkoholkonsums mit allen dazu gehörenden Folgeerscheinungen gebe. Klar sei, dass es nicht nur um das reine Gefühl der Sicherheit gehe. Der Vorschlag der Verwaltung, den KOD auszubauen und verstärkt einzusetzen sei zudem nach Rücksprache mit der Polizei erfolgt.

Seine Fraktion stehe dem Vorschlag sehr kritisch gegenüber, so Stadtrat **Weiss**. Schließlich gebe es schon sechs Stellen, was sehr viel sei. Zumal der Vorwurf gemacht worden sei, dass mit diesem Personal auch vielfach Ordnungswidrigkeiten geahndet würden, was nicht in den Aufgabenbereich des KOD falle. Außerdem sei fraglich, ob es Aufgabe der Stadt sei, die Personalreduzierung bei der Polizei durch den verstärkten Einsatz des Kommunalen Ordnungsdienstes finanziell aufzufangen. Auch im Rahmen der Gesamtsituation der Personalkosten könne seine Fraktion der Vorlage daher nicht zustimmen.

Stadträtin **Lange** vermutet ebenfalls, dass vom KOD Aufgaben übernommen würden, die eigentlich nicht in seine Zuständigkeit fielen. Eine Personalaufstockung würde sie ihrer Aussage nach deshalb so lange ablehnen, wie der KOD eingesetzt werde um die Einnahmen der Stadt zu verbessern.

Stadtrat **Dr. Vierling** nimmt Bezug auf das von Stadtrat **Dr. Bohn** angesprochene Sicherheitsgefühl. Denn seiner Meinung reiche es aus, das Gefühl von Sicherheit zu verbessern um zum Beispiel mehr Fahrgäste zu bekommen. Damit werde insgesamt eine Verbesserung erreicht, die die höhere Präsenz des KOD rechtfertige. Wenn es darüber hinaus noch Zeiten gebe, in denen diese Mitarbeiter nicht mit ihren originären Aufgaben beschäftigt wären, spräche aus seiner Sicht nichts dagegen, dann auch mal den städtischen Vollzugsdienst zu unterstützen.

EBM **Seigfried** schildert kurz die Entwicklung am Bahnhof, die den Einsatz des KOD notwendig mache. Trotzdem aber würden die Probleme insgesamt noch zunehmen und sich teilweise in andere Zeiten verlagern. Daraus könnten sich unter Umständen kurzfristig Situationen ergeben, in denen es sinnvoll sei, diese Mitarbeiter in anderen Bereichen einzusetzen.

Stadtrat **Müller** signalisiert für seine Fraktion Zustimmung, da der Einsatz des KOD für die Sicherheit und Ordnung insgesamt in der Stadt wichtig sei.

OBM **Spec** lässt über die Vorl. Nr. 425/13 abstimmen.

TOP 1.2.22

Obdachlosenunterkunft Gänsfußallee
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 443/13

Antragstext:

Die Haushaltsposition DEZ II TH32 3140-032 (Seite 140 gelb) in Höhe von 2 Mio. € 2014 und 1,1 Mio. € Planung 2015 wird gestrichen, da die Obdachlosenunterkunft in der Gänsfußallee verbleibt.

Die Position „Veränderung Kassenbestand“ wird um die eingesparten 2 Mio. € verändert.

- *abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
 Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
 Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 443/13 der vorsieht, den Haushaltsansatz für eine neue Obdachlosenunterkunft zu streichen, da der Standort in der Gänsfußallee beibehalten werde. Im Sachzusammenhang ruft er außerdem den Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 463/13, der die Reduzierung des Haushaltsansatzes um 1.500.000 Euro vorsehe.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Herrmann**, ob ein Haushaltsansatz von 500.000 Euro benötigt werde oder ob nicht tatsächlich die Mittel komplett zu streichen seien, erklärt Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) dass es nach wie vor keinen Ersatz für die Obdachlosenunterkunft in der Gänsfußallee gebe. Da die Gespräche zwar liefen aber noch kein greifbares Ergebnis vorläge, rate er dringend dazu, die Investitionssumme im Haushalt zu belassen.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass die Beibehaltung der Obdachlosenunterkunft in der Gänsfußallee voraussetze, dass die Büroproblematik der Stadtwerke im nahen Umfeld gelöst werden könne. Hierzu sei man in Verhandlung mit der Wohnungsbau Ludwigsburg.

Im Namen seiner Fraktion könne sich Stadtrat **Dr. Bohn** mit der Streichung der Mittel nur dann einverstanden erklären, wenn trotzdem zeitnah nach einer Lösung für die Obdachlosenunterkunft und die benötigten Büroraume für die Stadtwerke gesucht werde.

Nach Auffassung von OBM **Spec** sollten die Mittel im Haushalt vorgesehen werden, um gegebenenfalls durch den Erwerb der bisher angemieteten Räumlichkeiten in der Gänsfußallee die Stadtwerke in die Lage zu versetzen, zur Schaffung der als Ersatz erforderlichen Bürogebäude zu investieren. Er stellt jedoch in Aussicht, dass dafür nicht der komplette Ansatz erforderlich werde.

Da großes Interesse daran bestehe, eine schnelle und gute Lösung zu finden, spreche sich ihre Fraktion dafür aus, die Mittel im Haushalt zu belassen, so Stadträtin **Klett-Heuchert**.

Stadträtin **Schneller** verweist auf den Antrag ihrer Fraktion, der weitere Lösungsansätze vorsehe, für deren Umsetzung weniger Mittel erforderlich wären. Damit wäre nach ihrer Aussage eine Reduzierung des Ansatzes auf 500.000 Euro möglich.

EBM **Seigfried** stellt in Frage, ob mit den im Antrag genannten Lösungsansätzen das bisher für gut befundene 2-stufige Konzept weiterhin umgesetzt werden könne.

Für ihn sei die Tendenz zur Gänsfußallee eindeutig, so Stadtrat **Meyer**. Allerdings müsse seiner Meinung der Erwerb der Räumlichkeiten noch nicht im kommenden Jahr abgewickelt werden.

Stadtrat **Müller** stellt fest, dass der Ansatz den Finanzhaushalt und nicht den Ergebnishaushalt belaste und damit auch keine Auswirkungen auf das zu erwartende Defizit habe. Daher sei es aus seiner Sicht unschädlich, die Mittel im Haushalt beizubehalten.

Abschließend macht OBM **Spec** deutlich, dass das Problem der Obdachlosenunterbringung ab Herbst 2014 zum jetzigen Zeitpunkt nicht gelöst sei. Im Wirtschaftsplan der Stadtwerke seien keine Mittel vorgesehen. Wenn nun auch die Mittel aus dem kommunalen Haushalt gestrichen würden, nehme man sich damit jeglichen Handlungsspielraum.

Für Stadtrat **Kirnbauer** stelle es sich eher als Nullsummenspiel dar, wenn die Stadtwerke für die Räumlichkeiten in der Gänsfußallee Miete erhielten und gleichzeitig für die Anmietung von Büroflächen Miete bezahlen müssten. Dem stehe entgegen, dass sich der bauliche Zustand der von seiner Fraktion angeführten Alternativgebäude Zusehens verschlechtere und hier dringend Handlungsbedarf bestehe.

Abschließend stellt OBM **Spec** zunächst den Antrag 443/13 und nachfolgend den Antrag 463/13 zur Abstimmung.

TOP 1.2.23

Unterbringung von Obdachlosen -
haushaltswirksam-
- Antrag der FW-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 463/13

Antragstext:

1. Der Neubau zur Unterbringung von Obdachlosen in der Kammererstraße wird nicht realisiert.
2. Zur Unterbringung von Obdachlosen werden (vorzugsweise) Leerstände, notfalls das Gebäude der Stadtwerke GmbH in der Gänsfußallee verwendet.
3. Für den Fall der Verwendung des Stadtwerkegebäudes fallen keine Bau-, höchstens später Erwerbskosten an. Bei der Herrichtung der Räumlichkeiten, die vom BSS besichtigt wurden (Hoheneck und Oscar-Walcker-Straße), fallen allerhöchstens Kosten insgesamt von 0,5 Mio. € an.

Seite im HH-Plan: 140 „gelb“

Teilhaushalt: 32

Produktgruppe: 3140-032, Auftrags-Nr. 731403202007

Betrag: Minderung der Kostenposition um 1,5 Mio. € und Wegfall der VE mit 1,1 Mio. € in 2015

- *abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Stadträtin **Kopf** plädiert dafür, an der bisherigen Ausgabepraxis festzuhalten, woraufhin OBM **Spec** den Antrag zur Abstimmung stellt.

TOP 1.2.25 **Weiterführung des Programmes "Wie schön dass
du geboren bist"** Vorl.Nr. 482/13
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20.11.2013

Abweichender Antragstext:

Die Stadt Ludwigsburg unterstützt auch in den Jahren 2014 – 2016 das Programm der Frühen Hilfen des Kinderschutzbundes.

Dafür ist der jährliche Zuschüsse in Höhe von 4.000 Euro im Haushalt 2014 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
 Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
 Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Klett-Heuchert** plädiert dafür, an der Willkommenskultur festzuhalten, zumal der Kinderschutzbund bisher davon ausgehe, dass der Zuschuss auch künftig gewährt werde.

Auf Antrag von Stadträtin **Kopf** und Stadträtin **Schneller** wird der im Antrag dargestellte Betrag in Höhe von 8.000 Euro auf den bisher schon gewährten Zuschuss in Höhe von 4.000 Euro reduziert.

OBM **Spec** stellt den abweichenden Antrag zur Abstimmung.

TOP 1.2.26 **Brandschutz** Vorl.Nr. 441/13
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) zitiert den Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 441/13, wonach die Haushaltsposition für das Brandschutzprogramm nur dann freigegeben werden solle, wenn entsprechende externe Gutachten vorlägen und der zuständige Ausschuss oder der Gemeinderat dem zustimme.

Mit Zustimmung des Gremiums wird der Antrag zur Beratung im 1. Quartal 2014 an den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) ruft die Anträge Nr. 454/13, 455/13, 456/13, 457/13, 461/ 13 sowie 468/13 gemeinsam zur Beratung auf. Er erinnert an die bisherige Praxis, für solche Fälle zunächst Planungsraten in den Haushalt einzustellen. Stattdessen gebe es jetzt einen Sammler für die Maßnahmen aus der Vormerkliste, für die jedoch noch die Prioritäten festzulegen seien. Er schlage deshalb vor, diese Priorisierung mit dem Gemeinderat im 1. Halbjahr 2014 vorzunehmen.

Stadtrat **Dr. Bohn** weist darauf hin, dass die Maßnahmen und Projekte sehr wichtig seien und deshalb nicht in Vergessenheit geraten dürften. Zumal teilweise auch schon Zusagen gemacht worden seien, die nun auch eingehalten werden müssten.

Stadtrat **Herrmann** gibt zu Bedenken, dass die zur Verfügung stehenden Mittel gar nicht für alle Maßnahmen ausreichen. Mit der Priorisierung zu einem späteren Zeitpunkt werde die Entscheidung nur verschoben, welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt würden und welche nicht.

Zur Begründung des Antrags ihrer Fraktion macht Stadträtin **Klett-Heuchert** deutlich, dass damit nicht die Notwendigkeit der Oststadtsporthalle in Abrede gestellt werde, sondern dass erreicht werden soll, dass diese Maßnahme gekoppelt mit der Schulentwicklung in der Oststadt gesehen werde.

Stadtrat **Heer** stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu und spricht sich für eine intensive Beratung zur Schulentwicklung der Gesamtstadt im Rahmen einer Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales aus.

Diesem Vorgehen stimmt auch Stadträtin **Schneller** für ihre Fraktion zu.

Da er dies als einen Rückschritt empfinde, widerspricht hingegen Stadtrat **von Stackelberg**. Die Entscheidungen seien teilweise doch schon auf den Weg gebracht worden, so dass neuerliche Beratungen nur zu unnötigen Verzögerungen zum Beispiel beim Bau der Oststadtsporthalle führen würden.

Dem hält OBM **Spec** entgegen, dass die Planungsrate im Haushalt verbleibe, wenn Einverständnis mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise bestehe. In diesem Fall würde der Antrag der Grünen, Vorl. 468/13, im Rahmen der Priorisierung diskutiert werden.

Abschließend spricht sich Stadtrat **Bergold** ganz deutlich für die Oststadtsporthalle aus, da diese dringend notwendig und eigentlich schon lange überfällig wäre.

OBM **Spec** fasst dahingehend zusammen, dass auf eine Abstimmung zu den Anträgen zunächst verzichtet werde. Im Gremium bestehe aber Konsens darüber, die Festlegung der Priorisierung von derzeit noch nicht finanzierten Maßnahmen im Rahmen einer Klausur des Gemeinderates vorzunehmen.

TOP 1.2.28

Bildung und Betreuung: Sporthallen Oststadt,
Oßweil, Poppenweiler
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 455/13

Beratungsverlauf:

Im Gremium besteht Konsens darüber, die Festlegung der Priorisierung von derzeit noch nicht finanzierten Maßnahmen im Rahmen einer Klausur des Gemeinderates vorzunehmen.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.27.

TOP 1.2.29

Bildung und Betreuung: Grundschule Hoheneck
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 456/13

Beratungsverlauf:

Im Gremium besteht Konsens darüber, die Festlegung der Priorisierung von derzeit noch nicht finanzierten Maßnahmen im Rahmen einer Klausur des Gemeinderates vorzunehmen. Darüber hinaus soll hierzu im Februar in der Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales beraten werden.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.27.

TOP 1.2.30

Bildung und Betreuung: Ganztagesangebote:
Eberhard-Ludwig-/Silcherschule
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 457/13

Beratungsverlauf:

Im Gremium besteht Konsens darüber, die Festlegung der Priorisierung von derzeit noch nicht finanzierten Maßnahmen im Rahmen einer Klausur des Gemeinderates vorzunehmen.

Darüber hinaus wird zugesagt, im 1. Halbjahr 2014 über das Ganztagesangebot an der Eberhard-Ludwig- / Silcherschule im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu berichten beziehungsweise diese Thema in der Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zu behandeln.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.27.

TOP 1.2.31 Sammler der Planungs- und Bauarten für
Schulen, Kindergärten und Sporthallen -nicht
haushaltswirksam-
- Antrag der FW-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 461/13

Beratungsverlauf:

Im Gremium besteht Konsens darüber, die Festlegung der Priorisierung von derzeit noch nicht finanzierten Maßnahmen im Rahmen einer Klausur des Gemeinderates vorzunehmen.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.27.

TOP 1.2.32 Herausnahme der Planungsrate
Oststadtsporthalle
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 468/13

Beratungsverlauf:

Im Gremium besteht Konsens darüber, die Festlegung der Priorisierung von derzeit noch nicht finanzierten Maßnahmen im Rahmen einer Klausur des Gemeinderates vorzunehmen.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.27.

TOP 1.2.33 Zusammenstellung aller an Ludwigsburger
Grundschulen notwendigen Umbaumaßnahmen
inkl. Außenbereiche
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom
20.11.2013

Vorl.Nr. 485/13

Beratungsverlauf:

Das Gremium stimmt dem weiteren Vorgehen dahingehend zu, dass dieses Thema in der BSS-Klausur im Februar 2014 beraten wird.

TOP 1.2.34 Verwendung von Ausgabeunterschreitungen im
Haushalt 2013 bzw. 2014 betr. Außenanlagen
KiGa Bäderwiesen und Schlösslesfeldschule -
haushaltswirksam-
- Antrag der FW-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 464/13

Beratungsverlauf:

Dem Antrag, so Herr Kiedaisch (FB Finanzen) sei Rechnung getragen worden.

Auf Nachfrage von Stadtrat Herrmann erläutert er, dass es sich hierbei um eine Reduzierung des
Protokollauszug Gemeinderat 03.12.2013

Planansatzes handle. Dies bedeute, dass es im Haushaltsjahr 2014 einen geringeren Mittelabfluss gebe, was wiederum dem allgemeinen Haushalt zu Gute käme und insgesamt die Liquidität erhöhe.

TOP 1.2.35

Jugendkonferenz 2014
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 471/13

Beratungsverlauf:

Frau Schmetz (FB Bildung, Familie, Sport) informiert darüber, dass derzeit daran gearbeitet werde, die Partizipation der Jugendlichen an der Kommunalpolitik aufzubauen.

Sie sagt zu, dass darüber im 1. Halbjahr 2014 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales berichtet werde.

TOP 1.2.36

Zusammenstellung der Angebote der Stadt
Ludwigsburg im Bereich der vorbeugenden
Kindersozialarbeit für 6-12jährige Kinder mit
Ausweis der Personal- und Raumausstattung
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom
20.11.2013

Vorl.Nr. 490/13

Antragstext:

Die Verwaltung legt eine Zusammenstellung aller außerschulischen Angebote vor, die für Kinder im Alter von 6-12 Jahren als Freiwilligkeitsleistung der Stadt finanziert oder über Zuschüsse mitfinanziert werden.

Seite im Haushaltsplan: 202-205

Teilhaushalt: 48

Produktgruppe: 362001

Betrag:

- *abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja, 28 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Kopp (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) rät davon ab, diesem Antrag nachzugehen, da damit ein sehr hoher Aufwand verbunden sei, der schon wegen der ständigen Veränderungen in diesem Bereich in keinem Verhältnis zum Nutzen stünde.

Stadträtin **Burkhardt** hingegen vertritt die Meinung, dass es so viele Angebote doch gar nicht gebe.

Daraufhin stellt OBM **Spec** den Antrag zur Abstimmung.

TOP 1.2.37

Vereine, Jugend: Jugendarbeit
- Antrag der SPD- Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 458/13

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** sagt zu, dass im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über das Thema Jugendarbeit im 1. Halbjahr 2014 berichtet werde.

TOP 1.2.38

Aufenthaltsräume für Jugendliche in der
Innenstadt
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 472/13

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird mit Zustimmung des Gremiums zur Beratung im 1. Halbjahr 2014 an den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales verwiesen.

TOP 1.2.39

Kleinkind- und Kinderbetreuung in Pflugfelden
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 447/13

Beratungsverlauf:

Die Anträge 447/13 und 462/13 werden im Sachzusammenhang beraten.

Frau **Schmetz** informiert darüber, dass derzeit für Pflugfelden die Bildungskonferenz mit den entsprechenden Trägern, den Elternbeiräten und den Akteuren vor Ort vorbereitet werde, um entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringen zu können. Die Planung werde dann für 2014 und die Umsetzung für 2015 vorgesehen.

EBM **Seigfried** macht deutlich, dass es dabei um eine Sanierung des vorhandenen Gebäudes gehe, da hier im Anbau Bedarf bestehe. Ein Ausbau der Einrichtung sei derzeit nicht vorgesehen.

Stadtrat **Noz** versichert sich, dass hierzu noch keine Grundsatzberatung stattgefunden habe und dass die Einbringung einer Beschlussvorlage noch erfolge.

OBM **Spec** weist darauf hin, dass die Umsetzung der Maßnahme im Zusammenhang mit der notwendigen Priorisierung der derzeit noch nicht finanzierten Maßnahmen stehe. Er sagt daher die Beratung im Rahmen der hierfür vorgesehenen Klausur des Gemeinderates zu.

TOP 1.2.40

Planungsrate für die Renovierung / die
Erweiterung des Kindergartens Stammheimer
Straße in LB-Pflugfelden -haushaltswirksam-
- Antrag der FW-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 462/13

Beratungsverlauf:

Die Anträge 447/13 und 462/13 werden im Sachzusammenhang beraten.

OBM **Spec** weist darauf hin, dass die Umsetzung dieser Maßnahme ebenfalls im Zusammenhang mit der notwendigen Priorisierung der derzeit noch nicht finanzierten Maßnahmen stehe. Er sagt daher die Beratung im Rahmen der hierfür vorgesehenen Klausur des Gemeinderates zu

Zum weitem Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.39.

TOP 1.2.41

Kita Marstall Center
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 448/13

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert hierzu die haushaltsrechtlichen Bestimmungen, wonach es in der Zuständigkeit des Gemeinderats liege zu entscheiden, wofür die Mittel letztendlich verwendet würden. Die Veranschlagung der Mittel im Haushaltsplan ersetze nicht den Baubeschluss des Gemeinderats.

Um Missverständnissen vorzubeugen, schlägt Stadtrat **Noz** vor, die Position im Haushalt umzubenennen von „Kita Marstallcenter“ in „Kindergartenmittel für Sanierungs- und Renovierungsarbeiten“. Damit würde deutlich, dass die Mittel nicht zweckgebunden seien.

OBM **Spec** stellt den Antrag von Stadtrat Noz auf Umbenennung der Haushaltsposition zur Abstimmung. Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)
Stadtrat Kopp (privat verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Stattdessen kommt das Gremium überein, dem Vorschlag von EBM **Seigfried** und BM **Iik** zu folgen. Demnach soll zu dem auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 11.12.2013 stehenden Tagesordnungspunkt „Kindergarten Marstall Center“ zusätzlich der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales eingeladen werden um den Kindergarten gemeinsam besichtigen und anschließend gemeinsam darüber beraten zu können.

TOP 2

Personalkonzept KOD im Zuge verbesserte
Überwachung Bahnhof und Akademiehof

Vorl.Nr. 425/13

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2.21.

TOP 3

Festlegung des kalkulatorischen Zinssatzes.
Reduzierung des Zinssatzes für das
Trägerdarlehen an die SEL

Vorl.Nr. 370/13

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wurde aus zeitlichen Gründen vertagt.